

Potsdam, 10.10.2019

Pressemitteilung

70 Jahre DGB – Woidke: Ohne freie Gewerkschaften keine demokratische und soziale Gesellschaft

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Chef vom Dienst

Hausruf: (03 31) 8 66 – 12 51

(03 31) 8 66 – 13 56

(03 31) 8 66 – 13 59

Fax: (03 31) 8 66 – 14 16

Internet: www.brandenburg.de

presseamt@stk.brandenburg.de

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke hat die grundlegende Bedeutung des Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Funktionieren des demokratischen Gemeinwesens in Deutschland hervorgehoben. Zum 70. Jahrestag der Gründung des DGB (13. Oktober) sagte Woidke heute in Potsdam: „Ohne freie Gewerkschaften ist eine demokratische und soziale Gesellschaft undenkbar. Das haben gerade die Ostdeutschen in 40 Jahren DDR leidvoll erfahren müssen.“

Woidke erklärte weiter: „Die DGB-Gründung als **Einheitsgewerkschaft** im Westen Deutschlands war eine zentrale Lehre aus der Weimarer Zeit, als politische Richtungsgewerkschaften sich gegenseitig das Leben schwermachten und so nicht wirksam genug für Arbeitnehmerrechte eintreten konnten. In der Bundesrepublik konnte sich der DGB als Dachverband der Einzelgewerkschaften als starkes **politisches Sprachrohr für Arbeitnehmerinteressen** etablieren. Ich bin überzeugt: Der wirtschaftliche Aufstieg Westdeutschlands, an dem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer teilhaben konnten, wäre ohne einen starken Gewerkschaftsdachverband nicht möglich gewesen.“

Ich bin dem DGB dankbar, dass er sich nach der deutschen Vereinigung auch immer für die **Angleichung der Löhne, Gehälter und Sozialstandards** im Osten an das Westniveau stark gemacht hat. Dabei weiß ich, dass auf diesem Weg noch viel zu tun ist und wir noch lange nicht am Ziel sind. 30 Jahre nach dem Mauerfall klafft immer noch eine große Einkommenslücke zwischen Ost und West, die schnell geschlossen werden muss.

Starke Gewerkschaften sind und bleiben aber auch entscheidend, wenn es um 'Gute Arbeit', faire Arbeitsbedingungen und die Gestaltung des digitalen Wandels in der Arbeitswelt geht. Es bedarf starker Arbeitnehmervertretungen, damit deren Interessen dabei nicht unter die Räder kommen.“

Am Festakt zur DGB-Gründung am 21. Oktober in Berlin nimmt für die Landesregierung der Bevollmächtigte beim Bund, Staatssekretär Thomas Kralinski, teil.